

Ostermarsch 2008: Dem Frieden eine Chance

Es war schon ein bemerkenswerter Vorgang im Stadtparlament unserer Stadt. Um was ging es: Die DKP/LL brachte wie oft in den vergangenen Jahren den Ostermarsch „auf den Tisch“ und wollte die Zustimmung zum Aufruf.

Jahrelang hat die SPD dem zugestimmt, diesmal lehnte sie mit Unterstützung von CDU und FDP ab. Sogar einige Grüne stimmten dagegen. Stadtverordneter R. Hechler sagte dazu u.a.: „Ich vermute - man wird sagen: Das hat nichts mit Kommunalpolitik zu tun!

Hier sind wir anderer Meinung. Seit Jahren hören wir - auch bei Anträgen die alle gut finden - das sei zwar „wünschenswert“ - aber dafür haben wir kein Geld.

In der heute vorgelegten Resolution der Friedensbewegung wird gesagt - warum wir für vieles kein Geld haben. Wir sagen: Wenn „unten“ kein Druck entwickelt wird - wird man „oben“ nicht bemerkt. Und es ändert sich nichts.

Vor einem Jahr war Al Gore Tagesgespräch. Sein Film spielte sogar eine wichtige Rolle im Bürgermeisterwahlkampf unseres heutigen Bürgermeisters. Viele in der SPD-Fraktion werden sich sicher auch an die Hauptaussage erinnern:

„Jährlich werden 1000 Milliarden weltweit für Waffen und Krieg ausgegeben“.

Bei solchen Zahlen schüttelt man sich - leider kommt dann - wenn's konkret wird - nix nach. ... Ich erinnere: Die Ostermärsche haben hier eine große Tradition. Schon Bürgermeister Kurt

Bachmann und der junge Pfarrer Kurt Oeser haben sie begrüßt. Später war Oeser lange Jahre Mitorganisator der hessischen Ostermärsche.

Mehrmals wurde in diesem Parlament der Ostermarsch-Aufruf per Beschluß von SPD/Grüne/DKP begrüßt.

Was war da anders?

Anders ist: Damals hatten wir eine Bundesregierung mit Kohl und Co. Heute haben wir die Große Koalition und die SPD meint, sie müßte sich hier eigenhändig kastrieren. Unvergessen ihr früherer „Verteidigungsminister Struck: „Deutschlands Freiheit wird am Hindukusch verteidigt.“ Das hat sich also geändert. Man hat seine frühere Haltung zu Krieg und Frieden verändert. Man sollte es registrieren.“

Im Wortlaut:

Aufruf zum Ostermarsch 2008

Dem Frieden eine Chance

Die Versuche, politische Probleme militärisch zu lösen, sind zum Scheitern verurteilt. Unschuldige Menschen sterben, Länder werden verwüstet, Hass und Verzweiflung wachsen an. Wir fordern ein Absage an eine Weltneuordnungsstrategie und die Umkehr zu einer neuen Politik, basierend auf internationaler Verständigung, Abrüstung, Gerechtigkeit, Solidarität, Armutsbekämpfung und nachhaltigen Umgang mit der

Fortsetzung nächste Seite

„Die Herren machen das selber, daß ihnen der arme Mann feyndt wird. Die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegtun. Wie kann es die Länge gut werden? So ich das sage, muß ich aufrührisch sein! Wohlhin!“
Thomas Münzer

Der Kapitalismus ist das Problem

Wir erleben: Nokia ist kein Einzelfall, BMW vernichtet 8100 Arbeitsplätze, Henkel streicht 3000, Siemens 6800. Wir lernten: Die „Eliten“ sind keine, viele sind schlichtweg asozial.

Wir spüren: Während die Armen ärmer werden, werden die Reichen immer reicher. Zwei Drittel der Menschen glauben, dass es nicht mehr gerecht zugeht im Lande. Wenn Manager heute das 200-fache eines Arbeiters verdienen, wenn der Kontrast zwischen Champagnerpartys und Suppenküchen deutlicher wird, muss etwas grundlegend geändert werden. Der kriminelle Ex-Post-Chef, der wie viele sein Vermögen ins Ausland „transferierte“, hat vorher 150.000 Arbeitsplätze beseitigt und Milliarden „versenkt“. Verglichen mit den Einkünften der Familien Quandt, Springer, Haniel, Boehringer, Schickedanz ist er nur ein „kleiner“ Fisch.

Viele erkennen: Der Kapitalismus als Gesellschaftsordnung hat 1989 nicht gesiegt, er ist übriggeblieben. Soziale Marktwirtschaft gibt es nicht. Die Profitgier wird die Welt zerstören. Antikapitalistische Politik wird wichtiger.

So gesehen empfehlen wir:

Selbst prüfen, was die Linken wollen. Selbst nachlesen, was zum Beispiel im Programm der DKP steht.

Sie erhalten es, wenn Sie uns anrufen: Telefon 23366, 22362.

Natur. Wir verlangen von der Bundesregierung die Unterstützung von Alternativen zur zivilen Konfliktregulierung, Verhandlungen statt Sanktionen und Kriegsdrohungen.

Truppen raus aus Afghanistan

Der grundgesetzwidrige Einsatz einer deutschen schnellen Eingreiftruppe in Afghanistan verstrickt unser Land noch tiefer in den so genannten Antiterrorkrieg und damit in die direkte Kriegsbeteiligung. Damit geschieht genau das Gegenteil dessen, was die Bundesregierung versprochen hat. Nicht das zivile Engagement wird verstärkt, sondern das militärische. Naher und Mittlerer Osten werden zunehmend zu einem Pulverfass. Der Konflikt wird dadurch weiter geschürt, dass den Palästinensern die Unterstützung für einen lebensfähigen Staat verweigert wird.

Krieg ist Terror und keine Terrorbekämpfung

Seit über sechs Jahren sind für die USA und ihre Verbündeten Afghanistan und der Irak die zentralen Kriegsschauplätze. Insbesondere im Irak hat der Krieg durch die Besatzer hunderttausendfache Todesopfer unter Zivilisten gefordert und Millionenfache Vertreibung. Für die Menschen dieser Länder ist Krieg nur Terror und die fremden Truppen sind Besatzer.

Rüstung tötet schon im Frieden

Den Unsummen für Rüstung und Kriegsführung stehen Almosen für Friedensdienste und Entwicklungshilfe gegenüber. Eine besondere Art von „Entwicklungshilfe“ in Krisengebieten sind zudem Rüstungsexporte aus Deutschland. Bereits mit einem Bruchteil der weltweiten Militärausgaben wären Hunger, Armut und Konfliktpotenziale in Krisenregionen zu bewältigen.

Keine Angriffskriege zur Ausplünderung von Bodenschätzen

Es ist kein Zufall, dass die von den Industrienationen ins Visier genommenen Kriegsgebiete reiche Bodenschätze besitzen oder für deren Transport sehr wichtig sind. Die Umrüstung der Bundeswehr zu einer kriegsfähigen Armee überall auf der Welt, steht im Widerspruch zu Grundgesetz und Hessischer Verfassung. Die-

ser Verfassungsbruch (Art. 26 des Grundgesetzes verbietet Angriffskriege) wird durch den Reformvertrag der Europäischen Union zur offiziellen Politik.

Kein neuer kalter Krieg in Europa

Seit der geplanten Raketenabwehr der USA in Polen und Tschechien verschlechtert sich das Klima zwischen Russland und der Nato. Es droht ein Rückfall in den Kalten Krieg, gegen den bereits die Ostermarschbewegung in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts gekämpft hat. Die geplante Verlagerung des US-Hauptquartiers nach Wiesbaden macht unsere Region noch mehr zur Drehscheibe für Kriegseinsätze.

Spart endlich an der Rüstung

Wir brauchen keine neuen Waffen und zusätzliche Milliarden für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir brauchen eine Politik, die Konfliktsachen beseitigt und statt Rüstungsgelder zu verschwenden, notwendigen zivilen Projekten wie vorrangig der Beseitigung von Armut zur Verfügung stellt.

Keine Militarisierung im Inneren

Mit ständig geschürter Anti-Terror-Hysterie werden an breiter Front in einem nie da gewesenen Maße demokratische Grundrechte ausge-

höhlt. Seit dem verfassungswidrigen Bundeswehreininsatz in Heiligendamm 2007 wird damit auch eine Militarisierung im Inneren legitimiert.

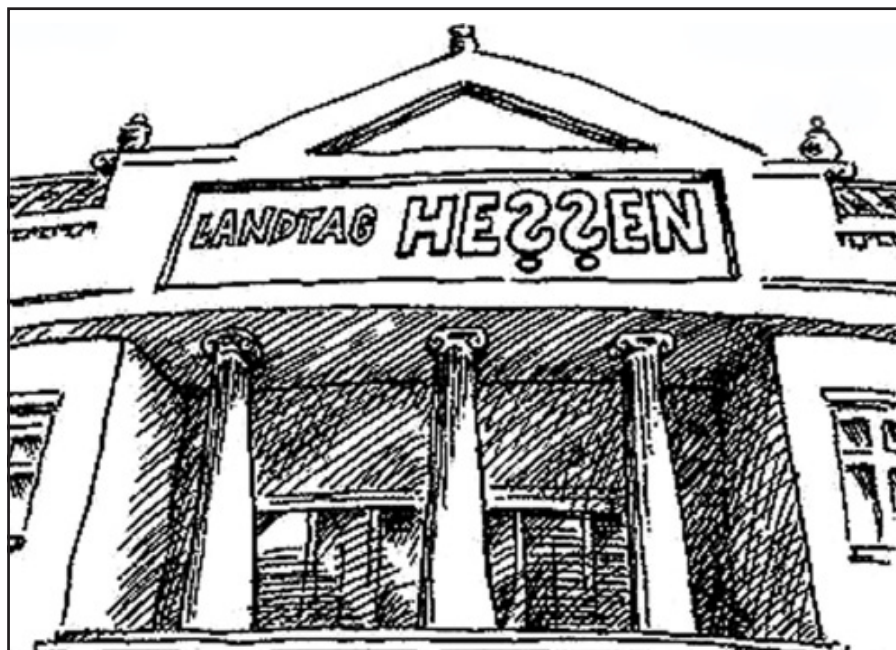
Wir fordern:

- **Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan**
- **Abzug aller Besatzungsmächte aus Irak und Afghanistan**
- **Unterstützung für einen lebensfähigen Staat Palästina**
- **Armutsbekämpfung statt Bekämpfung der Armen**
- **Demokratie und Menschenrechte statt Militarisierung**
- **Kein US-Hauptquartier in Wiesbaden**
- **Dem Frieden eine Chance - bei uns damit anfangen.**

Ostermarschdemonstrationen:
Ostermontag, 24. März 2008
an folgenden Orten:

- 10:30 Uhr Darmstadt
- 10:30 Uhr Rödelheim, Bahnhof
- 11:30 Uhr Bockenheimer Depot
- 11:00 Uhr Offenbach, Stadthof (Rathaus)
- 11:30 Uhr Niederrad, Bruchfeldplatz
- 11:30 Uhr Eschersheim, Am Weißen Stein

Von dort aus demonstrieren die Friedensinitiativen auf verschiedenen Routen zum Römerberg. Hier findet ab 13h die Antikriegskundgebung statt.



Ist schon eine Weile her der Wahlabend. Spannung pur. Heulen und Zähneklappern. Freude auch. Wir sagen es offen: Koch weg, die Linken drin - hat uns Spaß gemacht. Aber dann die Ypsilanti: „niemals werde ich mit den Linken!“ Jeden Abend in der Hessenschau der gleiche Satz. Wir werden sehen . . .

Die CDU unserer Stadt verschickte eine üble Pressemitteilung. Vor allem Bürgermeister Heinz Peter Becker wurde angegriffen, weil die DKP das Bürgerhaus für ihren Parteitag gemietet hatte. Im Schreiben stellte man die DKP auf eine Stufe mit der NPD, gegen die viele Bürgerinnen und Bürger im Januar demonstrierten. Bürgermeister und Erster Stadtrat Franz-Rudolf Urhahn (Grüne) reagierten: „Ich sitze mit DKP-Politikern im Stadtparlament. Für Mörfelden-Walldorf sind Kommunisten völlig normal. Fast zehn Prozent der Bevölkerung wählen die DKP“, so Urhahn.

Die Rote Karte für die örtliche CDU

Sehr geehrter Herr Patrick Burghardt,

Sie werden verstehen, dass ich auf die CDU-Presse-Erklärung mit der notwendigen Deutlichkeit reagiere.

Als Ihr Stadtverordneten-Kollege wundere ich mich allerdings immer wieder über CDU-Äußerungen und CDU-Handlungen zum Thema.

Die örtliche CDU hat der Errichtung antifaschistischer Gedenkstätten in unserer Stadt nie zugestimmt. Ihr Fraktionskollege Groß forderte erst kürzlich, die Kommunisten aus der Stadt zu „fegen“.

(Es würde dieses Schreiben sehr verlängern, wenn ich aus meinem Archiv alle solche Vorkommnisse herausholen würde.)

Es ist leider auch bemerkenswert, Herr Burkhardt, wie wenig Sie von der Geschichte unserer Stadt verstehen.

Sie fordern „Kommunisten raus aus dem Bürgerhaus!“

Möglicherweise wissen Sie nicht, dass gerade dieses Haus von Mörfelder Arbeitern, darunter vielen Kommunisten - erbaut wurde.

Der Antikommunismus macht Sie offenbar blind für Geschichte.

Ich habe am vergangenen Wochenende viele ausländische Gäste durch unsere Stadt geführt.

Ich habe den Gästen aus aller Welt berichtet über das Schicksal von Kommunisten und anderen Verfolgten aus unserer Stadt in der Zeit des Faschismus.

Ich habe ihnen die Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus gezeigt und berichtet über die verfolgten und ermordeten Juden aus Mörfelden und Walldorf; über das KZ-Außenlager und die gute Arbeit mit dem Lehrpfad; über Schülerinnen und Schüler, die sich engagieren.

Das alles beeindruckte unsere Gäste sehr - wir haben etwas zu bieten. Auch Sie könnten stolz darauf sein.

Gerade wenn man mit ausländischen Gästen - darunter Parlamentarier und offizielle Vertretern von Botschaften redet - merkt man: Kommunistische Parteien arbeiten in den meisten Ländern - sie gehören dazu. Das sollte die CDU begreifen.

Im Grunde macht die örtliche CDU die selbe Politik wie Roland Koch in der Endphase des Landtagswahlkampfes. Hetzen und verleumden.

Ich werde Ihre Plakate nicht so leicht vergessen.

Ihr politisch falsches Gleichsetzen von Kommunisten und Nazis ist beleidigend für die vielen kommunistischen Opfern der Nazidiktatur.

Damit vor allem haben Sie sich disqualifiziert.

Mit freundlichem Gruß

Rudi Hechler

Linke Kräfte bündeln

Mit dem Beschluss „Aktiv für die Zusammenarbeit der Linken“ zu wirken, wurde der 18. Parteitag der DKP am 24. Februar im Bürgerhaus Mörfelden erfolgreich beendet. „Für die DKP gilt auch in Zukunft“, so unterstreicht der Beschluss, „dass nur durch das gemeinsame und partnerschaftliche Handeln aller linken Kräfte die neoliberale Hegemonie gebrochen und die politischen Koordinaten nach links verschoben werden können.“

In seiner Rede betonte der wiedergewählte Vorsitzende der DKP, Heinz Stehr: „Heute beginnen die linken Kräfte an Boden zu gewinnen, während die Repräsentanten des neoliberalen Kapitalismus sich zunehmend delegitimieren - durch Kriege, durch ihre Gier, durch Korruption, durch ihre BenQs und Nokias.“ Darum wird, so Heinz Stehr, der „gemeinsame solidarische Kampf“ gebraucht.

Die anschließende Diskussion, in der über 30 Delegierte und Gäste zu den aktuellen politischen Problemen und Auseinandersetzungen sprachen, vermittelten beeindruckende Erfahrungen aus den gesellschaftlichen Kämpfen, den vielfältigen Aktivitäten und Initiativen in denen die Kommunistinnen und Kommunisten sich mit ihren politischen Positionen und Alternativen einbringen. Der Parteitag hat deutlich gezeigt, wo die DKP ihre Stärken hat: Sie ist ein Faktor in den Betrieben. Sie ist ein wichtiger Faktor in den politischen Bewegungen in diesem Land und aktiv in den Kommunen, Städten und Stadtteilen.

Mit diesem Parteitag der DKP stellen sich die Kommunisten der Bundesrepublik die Aufgabe, weitere Anstrengungen zu ihrer Stärkung zu unternehmen. Der Parteitag machte deutlich: Ohne gesellschaftliche Allianzen wird es keine Veränderungen geben. Ohne eine außerparlamentarische Bewegung in neuer Qualität, ohne neue Kampfmaßnahmen gegen Kriegspolitik, gegen den Sozial- und Demokratieabbau, wird es in diesem Land keinen Fortschritt geben. Die Mitglieder der DKP werden an der Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE. festhalten - in den außerparlamentarischen wie in den parlamentarischen Auseinandersetzungen.

TGS-Walldorf weihte ihr neues Bewegungszentrum ein

Am Sonntag, den 10. Februar, wurde der dritte Bauabschnitt des im Jahre 1996 errichteten, TGS-Sportzentrums an der Okrifteler Straße eingeweiht. Es handelt sich um einen dreigeschossigen, lichtdurchfluteten Anbau mit insgesamt 860 Quadratmeter Nutzfläche. In etwa einem Jahr Bauzeit, unterstützt von den Mitgliedern mit 2000 Stunden freiwilligem Arbeitseinsatz, wurde etwas schönes und sinnvolles geschaffen. Im ca. 240 Quadratmetern großen Untergeschoss befinden sich verschiedene Umkleide- und Duschräume. Mit separatem Eingang dominiert im Erdgeschoss, durch den Um- und Anbau auf 673 Quadratmetern erweitert, ein modernes Vereins-Fitness-Studio. Im Obergeschoss mit seinen 326 Quadratmeter befindet sich ein zusätzlicher großer, heller Gymnastikraum. Alle neugeschaffenen Räume sind behindertengerecht durch einen außen angebauten Aufzug zu erreichen. Die Kosten für diesen Anbau betragen 1,4 Millionen Euro. Der Zuschuss des Kreises beträgt 50 000 Euro und der des Landes 150 000 Euro. Die Unterstützung der Stadt beträgt 586 000 Euro, gestückelt in 11 Jahresraten.

Die TGS-Walldorf, mit ihren jetzt über 4500 Mitgliedern größter Verein im Kreis Groß Gerau, ist auf gutem Weg. Wie auch die anderen Sportvereine in

unserer Stadt, will sie mit ihrem Engagement der Gesundheit und der sozialen Kommunikation aller Mitglieder dienen. Wie vom Präsidenten des Vereins, Roland Förstner, zu erfahren war, wird u. a. im Freizeit- und Leistungssport in vielen Abteilungen oder in etwa 50 Kursen, deren Beiträge zum Teil von den Krankenkassen den Teilnehmern erstattet werden, und etwa 20 Gymnastikstunden für alle Altersgruppen, vom Kleinkind bis zum Senior, eine Menge geboten. Dem Verein, dem Vorstand, den Trainern und Übungsleiterinnen ist für ihre Arbeit auch in Zukunft Erfolg zu wünschen.

Unter den vielen gut gemeinten Worten anlässlich der Einweihungsfeierlichkeiten sind die des Präsidenten vom Hessischen Turnverband besonders hervorzuheben. Er bescheinigte den Vereinen mit zeitgemäßen Sportstätten eine lange Zukunft und meinte weiter: „Im Zuge der zunehmenden Sportbewegung sei es Aufgabe der Vereine, ihren Mitgliedern sozialverträgliche Beiträge anzubieten und damit Sport für alle Gesellschaftsschichten möglich zu machen“. Dem ist nichts hinzuzufügen, jedoch sollte eine Anmerkung gestattet sein. Die öffentliche Hand, sprich Stadt, Kreis und Land, zieht sich immer mehr von Aufgaben die-



ser Art zurück. Sie überlässt den Vereinen das Erstellen solcher wichtigen Einrichtungen und alle Kosten der Unterhaltung (Hausmeister, Reinigung, Wasser, Strom, Heizung usw.) sowie alle anfallende Reparaturen. Sie meint, mit Zuschüssen, die insgesamt oft gerade mal die Hälfte der Baukosten betragen und zum größten Teil noch in 11 Jahresraten erfolgen, ihre Pflicht erfüllt zu haben. Bedingt durch die Schuldenlast wird so mancher Verein Beitragserhöhungen oder Spartenbeiträge in Erwägung ziehen, die dann wiederum Geringverdiener, oder andere Leistungsempfänger und ihre Kinder, von der Mitgliedschaft abhalten. Roland Förstner meinte dazu: „Das soziale Netz wird zu einem Großteil auch in den Vereinen geknüpft“. Dies sollten sich die Abgeordneten in der Stadt, im Kreis und im Land einmal vor Augen führen. Heinz Hechler

Namensgebung für Kitas

„Nette“ und „kreative“ Namen sollen unsere Kitas bekommen. Die Nummerierung von 1 bis 10 sei zu abstrakt, man hätte immer die Schwierigkeit welche Kita welche Nummer trage. In die Namensgebung sollen die Kinder, Eltern, Kitaleitung und Magistrat eingebunden sein. So viel Demokratie auf einmal?

Im Sozialausschuss kritisierte neben der DKP/LL- und FDP-Fraktion die Personalratsvorsitzende der Stadt, Frau Mattke – ehem. Kitaleiterin, das

Ansinnen. Namen aus der Märchenwelt verniedlichten eine Bildungseinrichtung. Das Image der Verwahranstalt mit Kindergartentante sei wohl endlich überwunden. Welches Niveau wird erzeugt, wenn vielleicht Schneewittchen, Rapunzel, Frau Holle oder Peter Pan mehrheitsfähig wird? Mit dem Argument, dass auch Schulen Namen tragen, ist zu entgegnen: Schulen haben meist Namen nach berühmten und Beispiel gebenden Persönlichkeiten (Albert Schweitzer, Berta von Suttner, Martin Buber . . .). Gegen derartige Bezeichnungen haben wir nichts einzuwenden und wir werden uns am Namensgebungspro-

zess beteiligen. Aber der Straßenna-
me sollte immer genannt werden,
denn sonst weiß mancher immer
noch nicht wo welche Kita steht. R D

**Herzlichen Dank
allen, die dem »blickpunkt«
helfen.
Jeder Euro hilft, die Zeitung
zu erhalten!**

**Das „blickpunkt“-Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419,
BLZ 50852553**

Steuermilliarden für ein bankrott System

Wir alle kennen sie, die Todsünden der Marktwirtschaft. In der Diskussion über Mindestlöhne und über Gehälter der Topmanager werden sie immer wieder abwehrend beschworen: Staatseingriffe. Todsünden gegen die reine Lehre!

Doch was passiert gleichzeitig? Bitend und bettelnd hängen dieselben Topmanager dem Staat in den Ohren: Greif ein! Rette uns! Gib uns Milliardenkredite! Sonst bricht das Finanzsystem zusammen! Sonst geht die Marktwirtschaft zugrunde!

Vor fünf Monaten brach in den USA die Hypothekenkrise aus. Die Banken hatten Millionen von Amerikanern günstige Kredite aufgedrängt. In den USA sind die Mieten so hoch, daß der Kauf von Eigenheimen auf Kredit vielen jungen und weniger vermögenden Familien als die billigere Lösung erschien. Doch die gewinngeilen Banken vergaben die Kredite ohne die üblichen Sicherheiten, ohne Eigenkapital der Kreditnehmer, ohne Einkommensnachweis, anfangs mit märchenhaft niedrigem Zinssatz.

Die Banken wußten, daß das nicht gutgehen würde. Sie bündelten Zehntausende solcher Kredite und verkauften sie mit einem Risikoabschlag an andere Banken weiter. Banken aus aller Welt kauften diese Spekulationsobjekte, und zwar über Tochterfirmen, sogenannte »Besondere Zweckgesellschaften«, die nicht in den offiziellen Bilanzen auftauchen. Das machten auch deutsche Banken. Sie gründeten »Besondere Zweckge-

sellschaften« in einer Finanzoase und kauften milliardenschwere Bündel fauler Kredite, und zwar selbst wieder mit Hilfe von Krediten, die sie bei anderen Banken aufnahmen.

Im August 2007 begann die Krise. Amerikanische Haushalte konnten schon bei den ersten Zinserhöhungen nicht mehr zurückzahlen. Die Aufkäufer der faulen Kredite wie die Düsseldorfer Industrie- und Kreditbank (IKB) standen vor der Pleite. Als erste schlug ausgerechnet die Deutsche Bank Alarm und rief nach dem Staat: Die IKB könne die Kredite an die Deutsche Bank nicht zurückzahlen, der Staat müsse helfen.

Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sprang ein. Die Besonderen Zweckgesellschaften der IKB mit den phantasievollen Namen »Rhineland Funding« und »Rhinebridge« wurden zunächst mit einer Bürgschaft von zwei, dann drei und inzwischen schon fünf Milliarden Euro gestützt.

Dasselbe geschieht überall in der westlichen Wertegemeinschaft. Denn die so gut bezahlten Topmanager können oder wollen nicht sagen, wie viele aufgekaufte faule Kredite in den hunderten ihrer »Besonderen Zweckgesellschaften« stecken. Deshalb haben die staatlichen Banken, die KfW, die Europäische Zentralbank, die amerikanische Federal Reserve und so weiter bisher hunderte Milliarden Euro Staatsgeld in die Privatbanken gestopft. Das Bundesland Sachsen hat eine Ausfallbürgschaft über fast

drei Milliarden Euro für seine Sächsische Landesbank übernommen, der schon beschlossene Landeshaushalt ist Makulatur.

Staatliche Hilfen für bankrotte Privatbanken werden damit nicht zum ersten Mal vergeben. Beispiel Berliner Bankenskandal: Erst wurden die Banken des Bundeslandes privatisiert, dann gingen sie pleite, seitdem werden sie auf Jahrzehnte hinaus mit Milliardenbeträgen aus dem Landeshaushalt gestützt. Sozialausgaben werden gnadenlos gekürzt. Die Propheten der reinen Marktwirtschaft fordern das als das Selbstverständlichste der Welt.

Der New Yorker Generalstaatsanwalt Andrew Cuomo ermittelt gegen die Banken wegen »Verschwörung zur Ausraubung von Hausbesitzern«. Doch ihm stellt der Staat keineswegs die notwendigen Mittel zur Verfügung. Der langjährige Finanzguru der westlichen Welt, Alan Greenspan, bis vor kurzem Chef der US-Zentralbank, weiß, daß das Problem sowieso ein bißchen größer ist: »Wenn die Krise nicht bei den faulen Hypothekenkrediten ausgebrochen wäre, dann bei anderen solcher weiterverkauften Finanzprodukte«, sagt er.

Aber das macht den Verschwörern nichts aus. Sie haben ja ihren Staat und die Steuerzahler.

Die Todsünden der Wirtschaft sind nicht Staatseingriffe, wo sie sinnvoll und notwendig sind, sondern die spekulativen Praktiken der überbezahlten Topmanager, die nur mit Hilfe des Staates überleben.

Nicht bis 67

Eine große Mehrheit der erwerbstätigen Bundesbürger will weiterhin deutlich vor Erreichen des 67. Lebensjahres in Rente gehen. Im Durchschnitt erwarten die Deutschen, sich mit 64 Jahren in den Ruhestand zu verabschieden. Nur die Arbeitnehmer in den USA rechnen im internationalen Vergleich mit einer längeren Lebensarbeitszeit.

Dies sind die Ergebnisse des vierten »AXA Ruhestands-Barometers«, die am Mittwoch in Köln vorgestellt wurden. An der repräsentativen Umfra-

ge nahmen mehr als 18.000 Menschen in 26 Ländern teil.

Könnten sie es sich aussuchen, würden die meisten der 603 befragten Bundesbürger am liebsten mit 59 Jahren in den Ruhestand gehen.

Jeder Vierte kann nichts mehr sparen

Wegen sinkender Reallöhne kann jeder Vierte in Deutschland kein Vermögen mehr aufbauen. Das ergab eine Studie des Deutschen Sparkas-

sen- und Giroverbands (DSGV). »Etwa ein Viertel der Bevölkerung verfügt nach Abzug von eventuellen Schulden über keinerlei Vermögen«, hieß es bei Vorstellung der Studie. Viele Privathaushalte müssten mit einem kleiner werdenden Budget zurecht kommen. Seit 2004 seien die Netto-Reallöhne um 2,6 Prozent gesunken. Gleichzeitig steige das Armutsrisiko. Wer heutzutage netto nicht mehr als 1300 Euro im Monat verdiene, lege in der Regel nichts mehr zurück, sondern lebe von der Substanz. Ein besonders hohes Armutsrisiko laste auf Singles und Alleinerziehenden.

Leserbrief

Erich Schaffner, parteiloses Mitglied der Fraktion der DKP / Linke Liste schrieb uns folgenden Leserbrief zur Diskussion zum Ostermarschauftzug im Stadtparlament:

Die Studienräte und der Krieg

Viele Kriegsgegner haben die SPD verlassen. Die örtliche SPD ist stramm auf Kriegskurs. Der Wohlstand der deutschen Arbeitslosen muß am Hindukusch verteidigt werden. Weil das ‚ne Stange Geld kostet, muß am Arbeitslosengeld geknapst werden. Altes Rezept: Kanonen statt Butter. Die Kanonen liefern die Superreichen, das bringt ihnen was ein. Damit deren Familien nicht eines Tages verhungern, schmuggeln sie das Geld nach Liechtenstein. Damit das Volk nicht murr, gibt es Zeitungen. Und Parteien.

Nehmen wir die SPD. Kanzler Schröder ließ 1999 Jugoslawien bombardieren. Sein Minister war ein gewisser Bodo Hombach. Dieser agierte dann als „Koordinator“ auf dem Balkan. Seit 2001 ist Hombach Geschäftsführer des „WAZ“-Konzerns. Sein Motto: „Mit einem modernen Layout und ein paar Millionen kann man da (auf dem Balkan) alles abräumen.“ Die „Financial Times Deutschland“ stellte 2003 fest: „Der Großteil der Pressemärkte in den ost- und mitteleuropäischen Beitrittsländern wird bereits von deutschen Verlegern beherrscht.“ Es sind neben dem Springer-Konzern vor allem die WAZ-Gruppe (die dort 20 Tageszeitungen vertreibt und allein in Ungarn fünf Tageszeitungen kontrolliert).

So wurden nach den Bomben auch gleich die Sozialdemokraten auf den Balkan geschickt, um dort auf- und abzuräumen. Die Bombardierung des dortigen Automobilwerks war natürlich ein humanitärer Akt. Die Sozialdemokraten würden niemals in böser Absicht Bomben werfen, das ge-

schieht immer zum Nutzen der Bevölkerung. Sie haben schon gemerkt, ich polemisiere. Die Sozialdemokraten werfen ja keine Bomben, das lassen sie anderer Leute Kinder tun. So tun sie was gegen die Arbeitslosigkeit. Einer, der viel mit Kindern zu tun hat, ein Schuldirektor namens Müller, mußte unlängst im Stadtparlament begründen, warum die SPD nicht mehr gegen den Krieg ist. Entrüstet meinte er zu den Kommunisten, sie sollten doch mal den Bundeswehrosoldaten in Afghanistan erklären, was sie von deren Tätigkeiten halten. Er nahm die Dummheit von Menschen, die der Arbeitslosigkeit entfliehen wollen und lieber freiwillig für die Milliardäre sterben, zum Zeugen für den Krieg. Die FR zitierte am 12. Februar so einen Tropf, der meinte: „Mit welcher Begründung sollen nur Amerikaner oder Briten sterben?“ „Sind sie bessere oder schlechtere Menschen?“ „Mit welchem Recht sollen nur deren Mütter und Frauen trauern?“ Der Herr Schuldirektor Müller ist ein würdiger Nachfolger jener Studienräte, die Wolfgang Borchert in seinem Stück „Draußen vor der Tür“ so trefflich beschimpfte: Sie waren zu Hause geblieben und hatten eine Generation in den 2. Weltkrieg geschickt. Eine Generation vorher, die auf den Schlachtfeldern vor Verdun und in Ypern für Krupp und Flick und Thyssen und Borsig verbluten durfte (mit dem Segen der SPD), brachte den Schriftsteller Erich Kästner hervor. Dieser schrieb in seinem Gedicht „Primaner in Uniform“: „Der Rektor dankte Gott pro Sieg, / Die Lehrer trieben Latein. / Wir hatten Angst vor diesem Krieg. / Und dann zog man uns ein. / Wir hatten Angst. Und hofften gar, / Es spräche einer Halt! / Wir waren damals achtzehn Jahr, / Und das ist nicht sehr alt. / Wir dachten an Rochlitz, Braun und Kern. / Der Rektor wünschte uns Glück. / Und blieb mit Gott und den andern Herrn / gefasst in der Heimat zurück.“ (Anmerkung von Erich Kästner: „Noch heute erinnern sie sich, dabei ihre Pensionen verzehrend, gerne der großen Zeit.“) Herr Direktor Müller möchte nicht zu den „Halt!“-Sagern gehören. Seine Pension sei ihm gegönnt.

BERTOLT BRECHT

»Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Die Beschreibung, die der New Yorker von den Greueln der ersten abgeworfenen Atombombe erhielt, schreckte ihn anscheinend nur wenig. Deutsche, noch umringt von Ruinen, zögerten, die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben. Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen schnell vergessen. Der Regen von gestern macht mich nicht naß, sagen viele. Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen. Und doch wird nichts mich davon überzeugen, daß es aussichtslos ist, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen. Laßt uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Laßt uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind. Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.«

Diesen Text – Brecht schrieb ihn 1952 – sprach Erich Schaffner auf der vergangenen Stadtverordnetenversammlung.

Da es zeitweise ziemlich unruhig war, kann man ihn hier noch einmal nachlesen.

1:0 für Gerd Schulmeyer

Letzte Stadtverordnetensitzung, zum Antrag der DKP/LL-Fraktion (Aufruf der Stadt zur Unterstützung des Ostermarsches) sprach zuerst Rudi Hechler und nach massiven Anwürfen der SPD-, CDU- und Grünen-Fraktion auch Gerd Schulmeyer. Auf das Nachkarten der SPD ging Schulmeyer erneut zum Rednerpult um das Wort zu ergreifen. Dies aber sollte

laut SPD-Fraktionsvorsitzenden Werner Schmidt verhindert werden. Seine Begründung: die 5-Minuten-Redezeit des Abgeordneten sei aufgebraucht, er könne nicht noch einmal sprechen, das stehe in der Geschäftsordnung. Schulmeyer widersprach: In der Geschäftsordnung – sie ist mit den Stimmen der SPD/Grünen-Koalition durchgeboxt worden – stehe, dass der Fraktionsvorsitzende nochmals eine politische Erklärung abgeben könne (§ 22). Nun begann ein Suchen seitens der Stadtverordne-

tenvorsteherin und Schmidt im Stadtrechtsordner. Und es wurde die Stelle gefunden. Gerd Schulmeyer konnte sprechen.

Diese Geschäftsordnung stellt in den Augen der Oppositionsparteien eine massive Einschränkung dar.

Es ist aber dennoch nicht gelungen, den Sprecher der DKP/LL mundtot zu machen. R. D.

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Sie kriegen sie schon kaputt

Britische Ingenieure wollen ein Flugzeug entwickeln, das in fünf Stunden von Europa nach Australien fliegt. Der fensterlose Überschalljet soll mehr als 6000 km/h schnell sein und Platz für 300 Passagiere bieten. Ein Ticket soll nicht teurer sein als ein Business-Class-Flug. So heißt es. Die Ära der zivilen Überschallflugzeuge ist vorbei, die letzte Concorde längst außer Dienst gestellt. Doch es wird neu phantasiert.

Man denkt an „Hyperschallflieger“. Ideen dazu gibt es bereits, und zwar nicht nur in Japan.

„Die Flugzeit von Brüssel nach Australien läge bei vier Stunden 40 Minuten“, sagte der Chef der Entwicklerfirma Reaction Engines, Alan Bond, der Tageszeitung „The Guardian“.

Er halte es für durchaus möglich, dass künftige Generationen Tagesreisen nach Australien und Asien unternehmen könnten. Das A2-Flugzeug würde von Brüssel mit Unterschallgeschwindigkeit Richtung Atlantik fliegen, dann beschleunigen und mit fünf Mach, also fünffacher Schallgeschwindigkeit, den Nordpol passieren und über den Pazifik nach Australien gelangen. Das Projekt A2 wird von der Europäischen Raumfahrtagentur Esa unterstützt. Die Passagiere müssen auf Fenster verzichten, weil sich die Außenhaut des Flugzeugs bei derart hohen Geschwindigkeiten extrem erhitzt. „Sie kriegen sie noch kaputt, unsere Welt!“

Anzahl der Flugzeuge soll sich verdoppeln

Der Passagierverkehr wächst rasant. Airbus sieht bis 2026 Bedarf für über 24.000 neue Maschinen. Dann werden doppelt so viele Flugzeuge wie heute in der Luft sein und dreimal so viele Passagiere transportiert.

Bereits jetzt ist die Produktion für fünf bis sechs Jahre ausgelastet, die beiden Flugzeugbauer Airbus und Boeing wollen daher ihre Kapazitäten kräftig ausbauen.

Aufgrund hoher Treibstoffkosten und des rasanten Wachstums des Luftverkehrs bestehe bis 2026 ein Bedarf für 24.300 neue Passagier- und Frachtflugzeuge im Wert von 2,8 Billionen US-Dollar, teilte Airbus in Toulouse mit. Davon sind 1700 Maschinen der Superklasse mit mehr als 400 Sitzen wie der A380.

In den kommenden zwei Jahrzehnten dürften im Schnitt 1215 Flugzeuge pro Jahr ausgeliefert werden. In der vorherigen Marktstudie war Airbus noch von „nur“ 1130 Maschinen ausgegangen.

Noch schneller als der Passagierverkehr wird Airbus zufolge mit 5,8 Prozent im Jahr der Frachtflugverkehr wachsen. Einschließlich der Flottenerneuerung bestehe ein Bedarf von 3800 Frachtflugzeugen.

Halten wir fest: Immer mehr Flugzeuge, immer mehr Superjets im überlasteten Luftraum, aber keiner denkt darüber nach, wie der Luftverkehr der Zukunft organisiert werden soll.

Fluglärm steigert Blutdruck im Schlaf

Je lauter der Krach, desto höher der Blutdruck der Betroffenen, so das Ergebnis einer neuen Studie. Die Wissenschaftler beobachteten 140 Menschen, die in den Ein- und Abflugschneisen vier internationaler Flughäfen wohnten. In 15-Minuten-Abständen nahmen sie die Blutdruckwerte und den am Bett herrschenden Schalldruckpegel auf.

Ihre Messergebnisse sind durchaus beeindruckend: Überstieg der Lärm einen Wert von 35 Dezibel, kletterte der Blutdruck der Schlafenden deutlich. Ärzte geben den Blutdruck immer in zwei Werten an: Der erste, sogenannte systolische Wert bezeichnet den höchsten Druck in den Blutgefäßen durch die Kontraktion des Herzens. Der zweite, diastolische Wert steht für den niedrigsten Druck in den Adern, wenn sich das Herz wieder mit Blut füllt. Das Forscherteam fand heraus, dass der Fluglärm im Durchschnitt eine Steigerung des systolischen Wertes um 6,2 Millimeter Quecksilbersäule (mmHg) verursachte. Der diastolische Wert stieg im Schnitt um 7,4 mmHg. Die Weltgesundheitsorganisation WHO definiert Bluthochdruck ab einem Verhältnis von systolischem zu diastolischem Wert von 140 zu 90. Als optimal gilt 120 zu 80. Einer weiteren Untersuchung zufolge haben Menschen, die Nachtfluglärm ausgesetzt sind, häufiger Bluthochdruck als Menschen in ruhigen Wohngebieten.

Supermarkt steigert Verkehrsaufkommen

Einen Schritt in Richtung Einkaufsmarkt am südl. Ortsende von Walldorf hat die Mehrheit der Ortsparlamentarier mit den Stimmen von SPD und Grünen getan. Die Anwohner befürchten eine weitere Verkehrszunahme auf den heute schon stark belasteten Straßen Vitrolles- und Al-

penring. Dieser Meinung kann sich der 1. Stadtrat Urhahn nicht anschließen. Er argumentiert: „Die Verkehrsfolgen sind abhängig von der Attraktivität der Nahversorgung. Wegen des geplanten Einkaufsmarktes am Vitrolles-Ring erwarten wir insgesamt keinen zusätzlichen Verkehr.“ Na, ob er sich da nicht täuscht. Märkte ziehen Käufer an, und diese kommen heutzutage meist mit dem Auto. Und wer den Wagen benutzt, der ist auch

ebenso schnell in den bereits bestehenden Märkten. Wegen des Supermarktes ein Stück Feldgemarkung zu verbrauchen ist ein zu großes Opfer. RD

blickpunkt

Wir freuen uns auf Leserbriefe.

Stadtgeschichten



Die Turngesellschaft Walldorf (TGS) kann auf das Gründungsjahr 1896 verweisen und ist somit nach dem ehemaligen Turnverein, gegründet im Jahre 1888, heute SKG, der zweitälteste Sportverein in Walldorf. Die Gründung erfolgte im Gasthaus „Zum Löwen“. Die Aufnahmegebühr betrug eine Mark für Erwachsene und 50 Pfennige für „Zöglinge“, der Monatsbeitrag 40 beziehungsweise 20 Pfennige. In Mörfelden fanden sich die Turner schon 33 Jahre früher zusammen und gründeten im Jahre 1863 einen Turnverein. Die Sportart dieser neuen Vereine war Turnen, wobei in der damaligen Zeit auch Gymnastik und Leichtathletik dazugehörten. In den Wintermonaten fand der Sportbetrieb im Saal des jeweiligen Vereinslokals und im Sommer auf den Turnplätzen statt. Im Jahre 1909 führte Konrad Emmel, seit 1905 Turnwart des Vereins, auch das Faustballspiel ein. Nach allgemeiner Auffassung gehörte Faustball, das als sogenanntes Turnspiel galt, zur umfassenden körperlichen Ausbildung dazu und wird heute noch bei der TGS gespielt.



Das Foto, eine der seltenen Aufnahmen aus den frühen Vereinsjahren, zeigt die TGS-Turner anlässlich des Abturnens im Jahre 1909 auf dem Turnplatz im Garten des Gasthauses „Zum Löwen“. Auf dem Bild sind die klassischen Turngeräte Reck und Barren zu sehen, die sich bis heute nicht sehr viel verändert haben. Nach der auf dem Boden liegenden Hantel (ein Stück Rundeisen mit zwei angeschweißten Kugeln) zu urteilen, betrieben die Männer in den weißen Hosen auch Kraftsport, um ihre Muskeln zu stärken. Von links (stehend) sind auf dem Foto zu sehen: Der damalige Turnlehrer Knodt, Konrad Emmel, J. Pons, M. Meffert, Peter Zwilling, Heinrich Cezanne. Vorne kniend: Lorenz Jourdan und Otto Kreuzer.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden März 2008:



KuBa

1. März

Konzert:

„The Sleazy Beatniks“ und „Lidschi & The Melodymakers“

Beginn: 20 Uhr

Eintritt 6,- Euro, ermäßigt 4,-

10. März

HörBar: Jan Weiler „Liebe Sabine“

Hörbuchabend

Beginn: 20 Uhr

19. März

Film:

„Der gewöhnliche Faschismus“

Beginn: 20 Uhr

Eintritt frei

20. März

Rettet das Vinyl

Schallplattenabend

Beginn: 20 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Der braucht Ausdruck,
die nimmt mer uff
kaa Dreckschipp.